



**Renate Geuter**  
**Mitglied im**  
**Niedersächsischen Landtag**

**Informationen über meine politische Arbeit im Landtag und im Wahlkreis**

**Ausgabe 2 - März 2013**

**Inhalt:**

Die wichtigsten Eckpunkte des Koalitionsvertrages ..... 2

Renate Geuter zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden- und Sprecherin für Haushalt und Finanzen gewählt ..... 3

Meine Tätigkeiten im Landtag 3

Elisabethfehnkanal hat für SPD höchste Priorität ..... 4

Schnelle Reaktion der neuen Landesregierung in Sachen „Eierbetrug“ ..... 5

Mindestlohn sichert sozialen Frieden in Deutschland ..... 6

Koalition führt Stichwahl wieder ein ..... 6

Tierschutzvorgaben werden zukünftig konsequenter überwacht ..... 7

Impressum ..... 7

Heute schon gelacht? ..... 7

Rede zum Thema „Schuldenbremse“ ..... 8

Bei Landesfinanzen liegt Einiges im Argen ..... 9

*Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Damen und Herren,*

*heute erreicht euch/Sie der erste Newsletter nach der Landtagswahl, mit dem ich euch/Sie gern über die aktuellen politischen Themen in meinem Wahlkreis und in Hannover informieren möchte.*



*Die Wählerinnen und Wähler haben sich für eine neue Landesregierung entschieden. Der neue Ministerpräsident Stephan Weil hat mit den rot/grünen Ministern am 19. Februar die Amtsgeschäfte übernommen. Viel Arbeit liegt nun vor uns, damit unser schönes Niedersachsen sich für die Zukunft optimal aufstellt, immer mit dem Ziel, das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen.*

*Die Landtagsfraktion der SPD hat mich am 18. Februar zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und zur finanz- und haushaltspolitischen Sprecherin gewählt. Wie auch in der vergangenen Legislaturperiode nehme ich die vielfältigen Aufgaben im Ausschuss Haushalt und Finanzen, im Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ und im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung wahr. Neu hinzugekommen ist, dass ich Mitglied im Ältestenrat und im Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl und Zustimmung nach Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung bin. Neben meinem Wahlkreis Cloppenburg-Nord betreue ich den Wahlkreis Cloppenburg-Süd und gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Claus Peter Poppe den Wahlkreis Vechta.*

*Meine Arbeit für den Wahlkreis werde ich genau wie in den letzten zehn Jahren engagiert fortsetzen und mich um die Dinge kümmern, die den Bürgerinnen und Bürgern auf der Seele liegen. Ich freue mich, wenn ihr/Sie mich dabei unterstützen und mich insbesondere auf Themen aufmerksam machen, die nicht unbedingt in den Schlagzeilen zu finden sind, die aber ihre Berechtigung haben.*

*Weitere Informationen über meine politische Arbeit findet ihr/finden Sie auch auf meiner Internetseite [www.renate-geuter.de](http://www.renate-geuter.de)*

*Herzliche Grüße  
Eure/Ihre*

**Renate Geuter**

**Impressum**

ViSdP:  
Renate Geuter, MdL  
Moorstr. 7  
26169 Friesoythe  
Telefon: 04491 4664  
Email: [kontakt@renate-geuter.de](mailto:kontakt@renate-geuter.de)

# Die wichtigsten Eckpunkte des Koalitionsvertrages

**1. Bildungspolitik:** In der frühkindlichen Förderung und in Schulpolitik, der beruflichen Erstausbildung, an den Hochschulen und in der Weiterbildung werden neue Akzente gesetzt. Nur so kann eine vorsorgende Politik, die zugleich soziale Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg ermöglicht, gelingen. Deshalb setzt die neue Landesregierung auf bessere Bildungsstrukturen und zielgerichtete Bildungsinvestitionen und wird Bildungshürden - etwa die Studiengebühren - im Sinne von Chancengleichheit abschaffen.

**2. Schuldenabbau:** Die Haushaltssituation Niedersachsens ist die größte Hypothek für die Zukunft unseres Landes. Die Vorgängerregierung hinterlässt im Landeshaushalt eine Verschuldung von 60 Mrd. Euro. Die Landesregierung will die Neuverschuldung gemäß der Schuldenbremse des Grundgesetzes stoppen und die Landesfinanzen auf eine solide Grundlage stellen. Die Realisierung vieler politischen Vorhaben wird nur dann gelingen, wenn auch auf Bundesebene eine gerechtere Steuerpolitik verwirklicht wird. Dafür wird sich Niedersachsen im Bundesrat zum Wohle des Landes und der niedersächsischen Städte und Gemeinden einsetzen. Soweit Programme mit europäischen Mitteln finanziert sind, hängt deren Fortführung von der künftigen Ausgestaltung der EU-Förderungen ab.

**3. Regionalentwicklung:** Eine gute Landesentwicklung erfordert, über Ressortgrenzen hinweg Leitprojekte zu definieren und durch gemeinsames Handeln zu tragfähigen Lösungen zu kommen. Die Energiewende, die Gestaltung des demografischen Wandels, die Integration, die Gleichstellung von Frauen und Männer und die Inklusion werden nur gelingen, wenn die neue Landesregierung stärker ressortübergreifend arbeitet, die unterschiedliche regionale Entwicklung berücksichtigt und intensiv mit den Kommunen und allen Bereichen der Gesellschaft kooperiert. Daher wird die Regionalentwicklung ab jetzt als Chefaufgabe in der Staatskanzlei wahrgenommen.

**4. Neuer Politikstil:** Die Landesregierung will die politische Kultur unsere Landes erneuern und mehr Demokratie wagen. Demokratie lebt von kontinuierlicher Beteiligung und Transparenz. Viel zu lange wurde in Niedersachsen ein obrigkeitsstaatlicher Politikstil betrieben. Beteiligung wurde zu sehr auf die Stimmabgabe beim Urnengang reduziert. Die rot/grüne Landesregierung setzt dagegen auf Gemeinwohlorientierung statt auf Klientelpolitik und



auf die Gestaltungskraft der Zivilgesellschaft: „Wir verstehen modernes regieren als einen lebendigen Austauschprozess zwischen Bevölkerung, Landesparlament und Landesregierung“.

Die Landesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen lädt die Menschen in Niedersachsen dazu ein, diese Politik mit zu gestalten und mit zu bestimmen. Man wird eine Landesregierung sein, die ihre Entscheidungen transparent kommuniziert und die Bürgerinnen und Bürger mitnimmt und teilhaben lässt.

Den gesamten Koalitionsvertrag findet ihr/finden Sie hier

<http://www.spdnds.de/landtagwahl-2013/koalitionsvereinbarung-2013-bis-2018/>



<http://www.stephanweil.de>

## **Renate Geuter zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Sprecherin für Haushalt und Finanzen gewählt**

**Hannover.** Auf ihrer Sitzung am 18. Februar 2013 hat die SPD-Landtagsfraktion ihren Vorstand neu bestimmt. Zudem wurde Stephan Weil einstimmig für die Ministerpräsidentenwahl am Dienstag, 19. Februar, nominiert.

Außerdem nominierte die Fraktion Dr. Gabriele Andretta (Göttingen) und Klaus-Peter Bachmann (Braunschweig) als Landtags-Vizepräsidenten sowie Sigrid Rakow (Edewecht), Sabine Tippelt (Holzminden), Markus Brinkmann (Sarstedt) und Stefan Klein (Salzgitter) als Schriftführer im Landtagspräsidium. Die Nominierung erfolgte ebenfalls einstimmig.

Bereits am 22. Januar hatte die SPD-Fraktion Johanne Modder (Bunde) mit 97,9 Prozent der Stimmen zu ihrer Vorsitzenden und Grant Hendrik Tonne (Leese, 91,7 Prozent) zu ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer bestimmt.

Ihnen zur Seite stehen nach dem Willen der 49 SPD-Abgeordneten nun als vier stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

- Renate Geuter (Friesoythe), zugleich Sprecherin für Haushalt und Finanzen (gewählt mit einem Ergebnis von 87,8 Prozent),
- Petra Tiemann (Kutenholz), zugleich Sprecherin für Petitionswesen (gewählt mit einem Ergebnis von 75,5 Prozent),
- Marcus Bosse (Schöppenstedt), zugleich Sprecher für Umwelt (gewählt mit einem Ergebnis von 93,9 Prozent) sowie
- Uwe Schwarz (Bad Gandersheim), zugleich Sprecher für Soziales (gewählt mit einem Ergebnis von 95,9 Prozent).

Den kompletten Artikel lesen: <http://www.renate-geuter.de/aktuell/nachrichten/2013/391835.php>



### **Meine Tätigkeiten im Landtag**

- Mitglied im Ältestenrat
- Mitglied im Ausschuss Haushalt und Finanzen
- Mitglied im Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“
- Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
- Mitglied im Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl und Zustimmung nach Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung
- Stellvertretende Vorsitzende der SPD Landtagsfraktion
- Haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion



<http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de/>

# Elisabethfehnkanal hat für SPD weiterhin hohe Priorität

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende: Rettung muss gemeinsames Ziel bleiben

**Elisabethfehn.** „Ich bin dankbar für alle Aktivitäten für den Erhalt des Elisabethfehnkanals und habe daher auch mit Interesse die Aussagen des Landtagsabgeordneten Bley gelesen“, so Renate Geuter. „Wenn es tatsächlich schon konkrete Abmachungen und Zusagen für die Finanzierung der Schleusensanierung gibt, so sollten diese auch konkret und nachvollziehbar belegt werden, damit die neue Landesregierung auf diese Vorarbeiten aufbauen kann“, ergänzte die Landtagsabgeordnete.



Renate Geuter (2.v.li.) bei der Radiosendung des Nordwest Radios zum Elisabethfehnkanal im Moor- und Fehnmuseum in Elisabethfehn.

Geuter erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass der ehemalige Wirtschaftsminister Bode ihre Frage nach Mitteln zumindest aus der Tourismusförderung für den Elisabethfehnkanal in seiner schriftlichen Beantwortung komplett ausgeschlossen hat.

Der Landtagsabgeordnete Bley hat noch in einer E-Mail an die Bürgerinitiative vom 04. Januar 2013 auf die Frage der Bürgerinitiative „In welchem Haushaltsjahr ist der Finanzierungsbetrag des Landes möglich? Noch in 2013?“ geantwortet, dass entsprechende Prüfungen abgewartet werden müssten. Ob in 2013 oder 2014 der Finanzierungsbeitrag des Landes möglich ist, würden die parlamentarischen Gremien entscheiden, so Bley in der E-Mail. (Quelle: [www.elisabethfehnkanal.de](http://www.elisabethfehnkanal.de)). „Unabhängig davon, dass für den in Rede stehenden Betrag kein Nachtragshaushalt erforderlich wird, ist mir als Mitglied des Haushaltsausschusses von derartigen Beratungen nichts bekannt. Auch aufgrund meiner konkreten Rückfragen konnte mir bisher niemand diese Information bestätigen“, so die haushaltspolitische Sprecherin Renate Geuter.

Für Renate Geuter ist es ebenfalls fraglich, ob tatsächlich aus Mitteln des besonderen Kulturförderprogramms des Bundes eine so große Summe für die Schleusensanierung bereit gestellt werden kann. „Damit wäre ein großer Teil des Gesamtetats bereits gebunden und widerspräche dem Ziel dieses Kulturprogrammes, möglichst viele Einzelmaßnahmen in allen Bundesländern zu fördern“, so Renate

Geuter. „Auf jeden Fall muss klargestellt sein, dass der Bund eine Mittelzusage – aus welchen Quellen auch immer – nicht von der Übernahme der Trägerschaft durch das Land oder andere Institutionen abhängig machen darf“, bekräftigt die Landtagsabgeordnete, „so einfach darf sich der Bund seiner Verantwortung nicht entledigen“.

Angesichts des gemeinsamen Zieles aller, dem Erhalt des Elisabethfehnkanals, fordert Renate Geuter ihren Landtagskollegen der abgelösten Landesregierung auf, den Inhalt der Gespräche und die getroffenen Vereinbarungen, die anscheinend ja die Rettung des Elisabethfehnkanals zum Ergebnis gehabt haben, dem jetzigen Wirtschaftsminister Olaf Lies zur Verfügung zu stellen, damit dieser in den Verhandlungen mit dem Bundeswirtschaftsministerium daran anknüpfen kann. „Wir halten uns an unsere vor der Landtagswahl gegebene Aussage, mit allen Mitteln für eine kurzfristige Realisierung der Schleusensanierung in Osterhausen zu kämpfen, damit der Elisabethfehnkanal auch zukünftig erhalten und genutzt werden kann“, verdeutlicht Geuter.



## Schnelle Reaktion der neuen Landesregierung in Sachen „Eierbetrug“

**Oldenburger Land/Hannover.** Millionenfach falsch deklarierte Eier in Niedersachsen - das war das Thema einer Anfrage, die die stellvertretende SPD Fraktionsvorsitzende Renate Geuter an die Landesregierung gestellt hatte. Kurz nach Ablösung der alten Landesregierung trat der Eierbetrug mit falsch deklarierten Eiern zu Tage. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg soll schon seit 2011 gegen 150 Betriebe in Niedersachsen ermitteln, dabei gehe es um Betrugsverdacht, aber auch um den Verstoß gegen das Futtermittelgesetz sowie in einigen Fällen auch wegen Verstößen gegen das ökologische Landbaugesetz. „Obwohl die Staatsanwaltschaft schon eineinhalb Jahre ermitteln soll, ist die Nachricht darüber erst Ende Februar 2013 an die Öffentlichkeit gelangt. Auch die Kontrollstellen selbst fühlen sich offenbar schlecht informiert, sie hätten erst im Dezember 2012 dezente Hinweise erhalten, dass sie möglicherweise ausgetrickst würden, so ein Vertreter einer Ökokontrollstelle“, erläuterte Renate Geuter. Unklar ist, weshalb es trotz der vorgesehenen Kontrollen zu über 150 Ermittlungsverfahren in Niedersachsen kommen konnte.

Aus der Antwort der Landesregierung geht hervor, dass es zutrifft, dass das Ministerium seit Oktober 2011 von den Ermittlungen wusste, aber aus ermittlungstechnischen Gründen in Absprache mit dem Justizministeriums mit dieser Information noch nicht an die Öffentlichkeit ging. Die eventuellen strafprozessualen Verfahren waren auch im weiteren Verlauf die Ursache für die Nichtinformation der Öffentlichkeit.

Die Vorkommnisse rund um die von der Staatsanwaltschaft ermittelten mutmaßlichen Überbelegungen in Legehennenbetrieben erfordern nach Auffassung der Landesregierung, so geht aus der Ant-



wort auf die Anfrage von Renate Geuter hervor, dringend die Überarbeitung einiger Kontroll- bzw. Überwachungssysteme sowie der dafür notwendigen Rechtsgrundlagen. Um dieses zu erreichen hatte Niedersachsen kurzfristig eine Bundesratsinitiative gestartet. Die Bundesratsinitiative beinhaltet sieben konkrete Maßnahmenvorschläge mit denen Defizite im Bereich des Legehennenbetriebsregistergesetzes, der Sanktionierung im ökologischen Landbau und anderer Bereiche abgestellt werden sollen. Mit dem Entschließungsantrag sollen der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Täuschung gestärkt und die staatlichen Instrumente zur Aufklärung solcher Vorfälle verbessert werden.

Der Entschließungsantrag ist bereits am Montag dem 4. März 2013 vom Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz des Bundesrates mit großer Mehrheit verabschiedet wurde.

Die gesamte Anfrage mit Antwort der Landesregierung findet/n ihr/Sie hier:

<http://www.renate-geuter.de/aus-dem-landtag/anfragen-2013/>



<http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de/ueber-uns/abgeordnete-der-spd-fraktion/>

## Mindestlohn sichert sozialen Frieden in Deutschland

In Deutschland wollen

# 72 Prozent

EINEN GESETZLICHEN

## MINDESTLOHN

(Umfrage Institut Allensbach)

**Hannover.** SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben gleich im ersten Arbeitsplenum den Entschließungsantrag „Den Niedriglohnsektor zurückdrängen – Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unterstützen“ (Drucksache 17/28) eingebracht.

„Union und FDP sind unfähig, aus ihren eigenen Erkenntnissen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Anstatt der Tatsache, wonach rund vier Millionen Menschen in Deutschland für Stundenlöhne unter sieben Euro arbeiten müssen, ins Auge zu sehen und zu begegnen, streicht man diese Passage lieber aus dem aktuellen Armutsbericht der Bundesregierung heraus“, so der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion Gerd Will.

Selbst ein Bundesratsbeschluss zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro, dem übrigens auch die CDU-Ministerpräsidentin von Thüringen zugestimmt hat, lässt die Bundesregierung ungerührt, weil in ihren Augen nicht sein kann, was nicht sein darf.

Vor diesem Hintergrund ist es der Gipfel des Zynismus, wenn die Bundesregierung auf ihrer Internetseite den aktuellen Armutsbericht mit dem Slogan überschreibt: „Arbeit schützt am besten vor Armut“. Das ist eine Verhöhnung der Millionen von Beschäftigten im Niedriglohnsektor, die von ihrer Arbeit allein nicht leben können und für die Altersarmut programmiert ist.

## Koalition führt Stichwahl wieder ein

**Hannover.** Bei den Direktwahlen von Landräten und Oberbürgermeistern wird es zukünftig wieder die Möglichkeit der Stichwahl geben. Einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes haben die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im März-Plenum des Landtages eingebracht.

„Die von Schwarz-Gelb 2010 geschaffene Regelung, wonach bei der Wahl von Oberbürgermeistern und Landräten bereits die einfache Mehrheit im ersten Wahlgang entscheidend ist, hat sich nicht bewährt. Diese Regelung hatte zur Folge, dass sich gewählte Hauptverwaltungsbeamte oftmals nur auf das Votum einer Minderheit der Wähler stützen konnten“, erläuterte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Ulrich Watermann.

„Durch die Wiedereinführung der Stichwahl gilt wieder das Prinzip, wonach eine gewählte Person die absolute Mehrheit der Wählerinnen und Wähler

auf sich vereinigen muss. Wir stärken mit diesem Schritt die Demokratie in Niedersachsen“, sagte der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsgrünen Belit Onay.

Mit diesem Schritt setzen SPD und Grüne knapp vier Wochen nach Regierungsübernahme einen wichtigen Baustein des Koalitionsvertrages in die Tat um.



<http://www.facebook.com/renate.geuter>

## Tierschutzvorgaben werden zukünftig konsequenter überwacht

**Hannover.** Nachdem die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren unter anderem gegen Deutschland wegen des Verstoßes gegen die Pflicht zur Gruppenhaltung bei Sauen eingeleitet hat, fragte Renate Geuter die Niedersächsische Landesregierung, wie sie zukünftig Tierschutzvorgaben konsequenter überwachen und Verstöße ahnden wird.

Nach Äußerungen der EU-Diplomatie hatten in Deutschland Anfang des Jahres noch etwa 20 bis 25 % der Betriebe nicht auf

Gruppenhaltung umgestellt. Auch niedersächsische Züchter scheinen ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen sein. Die zuständigen Kontrollstellen haben sich offensichtlich überwiegend auf die Selbstauskünfte der Unternehmen verlassen, weil für eine flächendeckende Kontrolle vor Ort nicht genügend Personal vorhanden zu sein scheint.

Aus der Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz geht hervor, dass Sauenhaltende Betriebe, Behörden (insbesondere Landkreise und kreisfreie Städte), die Landwirtschaftskammer Niedersachsen sowie das Landvolk und Beratungsträger frühzeitig über die Umstellung auf Gruppenhaltung informiert wurden. Bis Ende Januar 2013 wurden 445 Betriebe (von ca. 2 700 Betrieben) kontrolliert, davon hatten 53 % auf Gruppenhaltung umgestellt, 36 % die Sauenhaltung aufgegeben und 11 % noch nicht umgestellt.

Mit Erlass vom 25. Februar 2013 wurden die Landkreise und kreisfreien Städte zu einer erneuten Fragebogenaktion aufgefordert, um ergänzend zu den



laufenden Kontrollen weitere Hinweise zum Grad der Umsetzung zu erhalten. Ein weiterer Erlass, in dem eine schnelle Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zur Gruppenhaltung sichergestellt werden soll, ist in Vorbereitung. Die Landesregierung beabsichtigt in diesem Zusammenhang unter anderem auch eine personelle und rechtliche Stärkung des Landesamtes für Verbraucherschutz (LAVES).

Verstöße gegen das Gruppenhaltungsgebot werden auf Basis des Tierschutzgesetzes zum Beispiel durch Einleitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren sanktioniert. Bei Zahlungsempfängern wird eine Kürzung nach Cross Compliance Vorschriften geprüft. Dabei beträgt der Regelkürzungssatz 5 % und bei Vorsatz 20 %. Als ordnungsbehördliche Abhilfemaßnahme hat sich die Festsetzung eines Zwangsgeldes bewährt. Nach Ablauf einer angemessenen Frist kann ein Zwangsgeld von bis zu 50 000 Euro festgelegt werden. Als letzte Konsequenz ist ein Haltungsverbot möglich.

Die Anfrage und Antwort im Wortlaut findet ihr/finden Sie hier <http://www.renate-geuter.de/aus-dem-landtag/anfragen-2013/>

### Heute schon gelacht?

Vor dem Bundeskanzleramt ist ein Rentner auf den Rücken gefallen. Merkel hilft ihm auf: „Dafür müssen Sie nächstes Mal CDU wählen.“

Sagt der Rentner: „Gute Frau, ich bin auf den Rücken und nicht auf den Kopf gefallen.“



**In der ersten Arbeitssitzung des Niedersächsischen Landtages vor wenigen Tagen brachte CDU und FDP einen Antrag ein, die Niedersächsische Verfassung dahingehend zu ändern, dass die Schuldenbremse schon 2017 wirksam wird und nicht erst 2020. Renate Geuter hielt zu diesem Antrag folgende Rede (in Auszügen):**

### **Schuldenbremse: CDU und FDP waren in den letzten Jahren lediglich Verbalkonsolidierer**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Absicht, die Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, mit diesem Antrag verfolgen, ist mehr als durchschaubar.

Sie versuchen, die Regierungsfractionen und die Landesregierung als diejenigen darzustellen, die sich einer Haushaltskonsolidierung verweigern und die Gegner einer Schuldenbremse in der Landesverfassung sind.

Ich kann Ihnen sagen, meine Damen und Herren: Dieses Ziel haben Sie deutlich verfehlt. Damit ist auch der Versuch der eigenen Imagepflege gescheitert, nämlich die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung als seriöse Haushaltssaniererinnen darzustellen.

Herr Thümler hat eben sehr viel gesagt. Aber ich hätte gern von ihm ein Zitat aus einer Pressemitteilung von vor wenigen Tagen erläutert, in der er geschrieben hat, die neue Landesregierung finde gut gefüllte Kassen vor. Statt vieler Worthülsen hätte ich mir gewünscht, dass Sie das hier einmal konkret erläutert hätten. Denn spannend ist, dass Sie sich dabei im Widerspruch zu Ihrem eigenen ehemaligen Finanzminister befinden, dessen erfolgreiche Haushaltspolitik Sie gerade eben noch gelobt haben. Finanzminister Möllring hat im Haushaltsaufstel-

lungserlass für 2014, der noch von ihm zu verantworten ist, deutlich darauf hingewiesen, dass angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen kein Raum für zusätzliche Ausgaben besteht. Er schreibt, angesichts dieser Unsicherheiten - er spricht nicht von vollen Kassen, sondern er spricht von Unsicherheiten - sei es erforderlich, alle erreichbaren Mehreinnahmen und Minderausgaben zur Deckung der Handlungsbedarfe einzusetzen.

Ich frage jetzt den Fraktionsvorsitzenden der CDU: Warum vertrauen Sie denn in diesem Fall nicht auf die Kompetenz des Herrn Möllring? Passt das vielleicht nicht in Ihre eigene Inszenierung? Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie waren haushaltsmäßig in den letzten Jahren sehr gute Verbalkonsolidierer. Real ergibt sich ein deutlich anderes Bild. Fakt ist, dass die bisherige schwarz-gelbe Landesregierung den Schuldenstand in den zehn Jahren ihrer Regierungszeit um nahezu 20 Milliarden Euro erhöht hat, und das trotz Rekordinnahmen und Niedrigzinsen.

Die Rede könnt ihr/können Sie Gänze lesen unter: <http://www.renate-geuter.de/aus-dem-landtag/reden-im-17-landtag/>

Die Position der SPD Landtagsfraktion zur Schuldenbremse findet ihr/finden Sie hier: <http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de/docs/inhalt/331530.php>



<http://peer-steinbrueck.de>



## Bei Landesfinanzen liegt Einiges im Argen

**Hannover.** Niedersachsens Finanzminister Peter-Jürgen Schneider hat in der ersten Haushaltsausschusssitzung einen Überblick über die Finanzsituation des Landes gegeben. Dabei ist deutlich geworden, dass die Erwartungen der Vorgängerregierung wie befürchtet viel zu positiv waren. Negative konjunkturelle Einflüsse, verursacht durch die Euro-Schuldenkrise, gepaart mit sinkenden Steuereinnahmen machten neue, realistische Planungen erforderlich. So erwartet das Finanzministerium etwa ab dem Jahr 2014 um 200 Millionen Euro geringere Einnahmen jährlich.

„Endlich hat ein niedersächsischer Finanzminister den Mut, die haushaltspolitische Wahrheit auf den Tisch zu legen. Wir sind Minister Schneider dankbar, dass er dem Parlament so schnell einen schonungslosen Blick in die Landeskasse offenbart hat“, sagte die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Renate Geuter, nach der Ausschusssitzung. „Von einer gut gefüllten Kasse, wie es CDU-Fraktionschef Thümler Ende Januar noch erklärt hatte, kann nicht die Rede sein. Das ist eine Chimäre“, so Geuter.

Geuter ist sich mit Minister Schneider einig darüber, die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern zu wollen. „Der Minister hat erklärt, die Landesregierung werde das strukturelle Defizit abbauen, um so früh wie möglich, spätestens 2020, einen Haushalt ohne neue Schulden zu erreichen“, sagte Geuter. Allerdings habe der Finanzminister auch mit dem Märchen aufgeräumt, die Vorgängerregierung habe die Nettoneuverschuldung sozusagen spielend abbauen können.

„Die im Haushaltsplan 2013 in Höhe von 620 Millionen Euro veranschlagte Nettokreditaufnahme ist nur die halbe Wahrheit. Die in Höhe von rund 283 Millionen Euro vorgesehene Rücklagenentnahme sowie die in Höhe von 295 Millionen Euro veranschlagten Einnahmen aus Beteiligungsveräußerungen machen deutlich, dass das tatsächliche Defizit 2013 eine Größenordnung von 1,2 Mrd. Euro erreicht hat“, berichtete Heere. Entsprechend unrealistisch ist die Forderung von CDU und FDP, die Neuverschuldung bereits bis zum Jahr 2017 vollständig abgebaut zu haben.